Sperrfrist: 26.09.06, 18.30 Uhr
Änderungen vorbehalten – es gilt das gesprochene Wort!

Dr. Richard von Weizsäcker

60 Jahre nach dem Aufruf von Churchill in Zürich
26. September 2006

I.

Bei Lichte besehen war Winston Churchill der eigentliche Sieger des Zweiten Weltkrieges. In den Jahren 1940 und 1941 war er der Mann des damaligen Weltschicksals geworden. Unter seiner Führung musste sich Grossbritannien einsam wehren und abwarten, bis der amerikanische Präsident Roosevelt endlich sein Volk zum Kriegseintritt bewegen konnte. Wesentlich und für ihre eigenen Interessen unbegreiflich hatten schliesslich dazu Japans Unterwasser-Überfall auf Pearl Harbour und Hitlers Kriegserklärung an die USA nachgeholfen. Churchill aber rief aus: „Jetzt haben wir es geschafft“. Hitler wurde unterworfen. Eine nationalsozialistische Herrschaft über unseren Kontinent war verhindert.

Welcher Zukunft sollte Europa nun entgegengehen? Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 entstand die neue Landkarte der Sieger. Churchill war dabei. Durch eine Demarkationslinie von Norden nach Süden wurde der Kontinent aufgeteilt.

Zwei Monate nach Kriegsende folgte im Juli 1945 die Potsdamer Konferenz. Sie bestätigte, dass es nun Amerika und die Sowjetunion waren, die Europa beherrschten. Zwischen beiden

schien dem Kontinent nur noch die Funktion einer Pufferzone zu bleiben.

Und wo blieb Churchill? Noch vor dem Abschluss in Potsdam wurde er im Juli 1945 zu Hause demokratisch entmachtet, jedenfalls zunächst einmal.

Sein Leben war immer reich an Berg- und Talfahrten. Stets blieb er sich seiner Rolle bewusst. Er war alles in einer Person: Feldherr, Staatsmann und Historiker. Unermüdlich arbeitete er also weiter, zunächst schreibend. In jener Zeit schildert ihn eine Karikatur. Da lüftet er sein Zylinderhütchen vor dem lorbeerbekränzten Haupt Julius Caesars auf einer Büste mit den Worten: „We have both made history and we have both written it. Let us exchange headgear“, also die so ungleichen Kopfbedeckungen! Er schrieb Geschichte mit seinem unvergleichlichen Talent, das ihn eines Tages den Nobelpreis für Literatur erringen liess.

Aber es blieb nicht beim Schreiben. Die europäische Tragödie trieb ihn um. Es galt, den Tumult unter den Siegern und die Verzweiflung bei den Verlierern zu überwinden. Und so kam er gerade jetzt vor sechzig Jahren hierher, nach Zürich, und rief uns auf, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen. Mit dem Mut und der Weitsicht seiner kurzen und klaren Rede elektrisierte er die erschöpfte Welt.

Lasst uns wieder eine europäische Familie schaffen, so rief er aus. Eine kluge Grossherzigkeit und ein „blessed act of oblivion“ (Gladstone) werden uns helfen. Die beiden grossen Nationen Frankreich und Deutschland sollen als Partner die Sache anführen. Das Vereinigte Königreich, das Commonwealth

of Nations, die USA und auch die Sowjetunion sollen als Freunde das neue Europa fördern.

Churchills Appell war von singulärer historischer Kraft. Mit ihm legte er den Grundstein für die kommende Zeit.

II.

Wer der Geschichte so weit und so prägend vorgreift, kann nicht schon am Anfang alle Fragen beantworten. Was sind Vereinigte Staaten? An eine veritable Nation wie die USA hat Churchill gewiss nicht gedacht. Er wusste, dass dies unter den zahlreichen europäischen Völkern mit ihrer eigenständigen, vielfach tausendjährigen Geschichte unerreichbar bleiben würde. Stets hat gerade er vor der Tradition der kleineren Nationen klugen Respekt praktiziert. Behutsam behandelte er aber auch seine Erwartungen an die grösseren europäischen Länder.

Sowohl in London als auch in Paris hatten alsbald nach Kriegsende eigenständige Planungen eingesetzt. Beide Nationen waren keine Weltmacht mehr, doch beide suchten nach neuen Wegen, um wieder einen weltpolitischen Einfluss zu gewinnen.

Für das Vereinigte Königreich gediehen alte Prägungen zu neuen Impulsen. Gewiss, seit mehr als zwei Jahrtausenden hatte Britannien historisch stets zu Europa gezählt. Es findet sich bis heute in den Atlanten kein Europa ohne die britischen Inseln. Zugleich hatten aber die Briten nach turbulenter Vorgeschichte mit Amerika dort als aufgeklärte Mitgründer gewirkt, ja manches neue dorthin exportiert, solange es ihnen zu Hause noch nicht ganz geheuer war. Schliesslich wurden sie, die einst führende Weltmacht, von

den USA abgelöst. Aber die besonderen Bindungen blieben. Es wurde nun beinahe selbstverständlich, die „special relations“ mit der veritablen Grossmacht auszubauen, hier den eindeutigen Schwerpunkt für die neue britische Weltorientierung zu suchen. So wurde es in London vollzogen, oft beinahe bedingungslos und daher im Laufe der Zeit auch nicht selten reichlich einflusslos.

War dies mit dem Beitritt zu einer europäischen Gemeinschaft vereinbar? Beim Volksentscheid 1975 entschied man sich im Inselreich dafür. Damals gab es in Grossbritannien die Sorge, gegenüber einem damals so empfundenen kontinentalen Wirtschaftswunder zum kranken Mann Europas zu werden. Auch die Amerikaner empfahlen den britischen Freunden den Beitritt. Dreissig Jahre später herrscht heute aber beinahe eine umgekehrte Einschätzung vor. Kenntnis von und Interesse für die Europäische Union sind gegenwärtig im Inselreich wenig verbreitet. Ist der Kanal nicht breiter als der Atlantik, so wird gefragt. Man fühlt sich beschützt vom beständigen Nebel über dem Kanal, der doch nichts anderes zuwege bringe, als nicht Britannien, sondern den Kontinent zu isolieren. Wir müssen später darauf zurückkommen.

Frankreich ging andere Wege. De Gaulle war von Abneigung gegen die angelsächsischen Mächte geprägt. Sie hatten sein Land nie zum Kern der wahren Weltkriegssieger gezählt, ihn selbst kaum ausreichend einbezogen. Also nahm er Churchills Zürcher Appell auf seine Art auf. Frankreich wollte nun nicht mehr allein, sondern gestärkt durch Deutschland und die anderen Gründungsmitglieder eine europäische Weltpolitik eindeutig von Paris aus anführen.

Deutschland war geteilt, die westdeutsche Bundesrepublik noch nicht gegründet. Churchill hatte 1946 in Zürich angeregt, dass die traditionellen alten deutschen Länder und Provinzen ja auch einzeln als Mitglieder beitreten könnten. Das wurde natürlich niemals ernsthaft erwogen. Im freien Teil Deutschlands herrschte damals tiefe Erleichterung über die neue Partnerschaft mit der westlichen Welt vor. Es war die unverhofft frühe Klärung, international wieder aufgenommen und gebraucht zu werden. Gegen die führende Rolle Frankreichs auf dem Kontinent gab es in Bonn keinerlei Einwendungen. Adenauer förderte sie nachhaltig, indem er sie zugleich mit seinen engen Beziehungen zu den Amerikanern verband, unserer führenden Schutzmacht im frisch entfalteten Kalten Krieg, die sich zugleich mit dem Marshall-Plan massgeblich am materiellen Wiederaufbau des besiegten Landes beteiligte.

Soweit das erste Kapitel Europa. Lassen Sie mich nun in drei Abschnitten die weitere Entwicklung der Gemeinschaft schildern, den kontinuierlichen Aufstieg des Kontinents im ersten, das Ringen um Vertiefung und Erweiterung der Union im zweiten und danach die Rolle Europas im gegenwärtigen krisenhaften Globalismus-Durcheinander.

III.

Unter der Präsidentschaft des grossen Europäers Jean Monnet führte der erste Integrationsschritt in die Montanunion. Es ging um Kohle und Stahl. Das waren nicht nur Zukunftsindustrien. Mit ihrer Integration galt es, jede neue nationale Aufrüstung gegeneinander zu verhindern. Es war eine historisch neue, zentrale Verpflichtung, um jahrhundertealte kriegerische Feindschaften zu überwinden. Das Ziel war also primär politisch, nicht wirtschaftlich.

Mit dem nächsten grossen Schritt sollte die europäische Verteidigungsgemeinschaft geschaffen werden. Doch sie fand in der französischen Nationalversammlung keine Mehrheit. An ihre Stelle trat 1957 mit den Römischen Verträgen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Aus der EVG war die EWG geworden. Einer Zollunion folgte der Weg vom common market zum single market. Der Binnenmarkt entstand. Er gedieh zu einer weltpolitisch ausserordentlichen Leistung, unter der treibenden Führung des Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Sie übersteigt bei weitem das System einer blossen Freihandelszone. Die vier Freiheiten wurden vereinbart, die ungehinderte Mobilität für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Die Agrarpolitik war schon zusammengefasst. Dann folgte die voll integrierte Aussenhandelspolitik. In der Welthandelsorganisation spricht die EU mit einer Stimme. Die Wettbewerbsordnung im Binnenmarkt unterliegt einer zentralen Lenkung und Kontrolle. Ein allgemeines europäisches Rechtsregelwerk entstand, der sogenannte Acquis communautaire. Ein europäischer Gerichtshof wurde begründet. Seine Entscheidungen sind für die nationale Rechtssphäre der Mitgliedsländer verbindlich.

Der Erfolg des europäischen Binnenmarktes, des weltgrössten Wirtschaftsraumes, führte rasch zur Herausforderung, neue Länder aus Europa zur Mitgliedschaft einzuladen, genauer gesagt, ihrem Verlangen nach Aufnahme zu entsprechen. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien wurden beschlossen. Mit ihnen legte sich die EU vor allem auf politische, aber auch auf wirtschaftliche Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitglieder fest. Zu den Bedingungen zählen Demokratie, eine unabhängige Justiz, Menschenrechte und Respekt für Minderheiten.

Das alles klingt ziemlich nüchtern. Dabei ist es Ausdruck einer ausserordentlichen Entwicklung, von der im September 1946 kaum einer der Zuhörer Churchills in Zürich eine ernsthafte Vorstellung haben konnte. War noch mitten im Zweiten Weltkrieg die Mehrheit der europäischen Völker ihrer Selbstbestimmung beraubt, so war nun nichts Geringeres in Gang gekommen, als Schritt für Schritt die Freiheit auszubreiten. Ohne Zwang von aussen war ein Raum des friedlichen Umgangs miteinander entstanden und damit zugleich eine wachsende Anziehungskraft über die Gemeinschaftsgrenzen hinaus.

Dies galt zumal immer spürbarer für die Ost-West-Beziehungen in Europa. Unter dem Schutz des atlantischen Bündnisses ist es der friedlichen Anziehungskraft der Gemeinschaft zu danken, dass der Kalte Krieg allmählich seine Kraft verlor. Auf dem Weg über den Gipfel der KSZE 1975 in Helsinki, über die heranwachsenden Bürgerbewegungen im Warschauer Pakt Bereich mit der Solidarnosc an der Spitze und schliesslich mit dem Reformklima von Gorbatschow ab 1985 hatte sich die europäische Integration prägend ausgewirkt. Die Mauer fiel, die meisten Mitgliedsländer des ehemaligen Warschauer Paktsystems suchten und fanden alsbald den Weg in die atlantische Sicherheit und in die Europäische Gemeinschaft.

IV.

Nun sind also sechzig Jahre seit dem Zürcher Aufruf von Churchill vergangen. Heute ist schon die dritte Generation nach ihm am Ruder. Damals waren die Folgen für unseren Kontinent und seinen Platz in der Welt kaum vorhersehbar. Heute wird die Einsicht in ihre wahrhaft historische Entwicklung überlagert von einem Krisengefühl. Die herrschende

Weltordnung aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich verändert. Jalta ist vergessen. An die Stelle der Spannung zwischen Ost und West tritt die Globalisierung. Und welche Rolle spielt dabei Europa? Wer identifiziert seine Interessen, wer sorgt für seine Handlungskraft?

Hier muss ich zunächst um Nachsicht zumal in der Schweiz bitten, dass ich die EU meine, wenn ich von Europa spreche. Das bekümmert vermutlich viele von Ihnen weniger als mich, der ich mich voller Dankbarkeit an sieben gute Jahre während meiner Kindheit bei Ihnen erinnere. Warten wir erstmal die weitere Entwicklung ab.

Die EU also umfasst heute 25, bald 28 Nationen, mit einer knappen halben Milliarde Einwohner, einem Viertel des Weltbruttoinlandsproduktes. Sie verfügt über den mondial grössten Binnenmarkt. Dass unter ihren Mitgliedern Fähigkeit und Bereitschaft zu Kriegen verschwunden sind, gilt nach den jüngsten Gewaltaktionen nun auch für den westlichen Balkan. Soweit die EU mit einer Stimme zu sprechen vermag, ist sie einer der globalen Machtfaktoren.

Wir haben in Europa aus unserer Geschichte gelernt. Unser Weg soll dazu beitragen, eine liberale Ordnung zu entfalten und zu verbreiten. Als Massstab aller Politik in Europa soll die weltbürgerliche Absicht der universalen Freiheit gelten. Freiheit aber ist nicht regellose Willkür, sondern Selbstverantwortung und Mitverantwortung, ist daher Ordnung und Handlungsfähigkeit. Wie steht es denn nun damit in der EU?

Sie ist eine Union von Nationalstaaten. Herkömmlicherweise gilt die Nation als eine europäische Erfindung. Zu ihrer Existenz gehört im Allgemeinen dreierlei: gemeinsame Werte,

Zusammengehörigkeit durch Geschichte und sprachliche Verständigung, eine politisch handlungsfähige Einheit. Der Tradition der Nation entsprechen Pflicht und Recht des Staates, Sicherheit und Wohlfahrt zu gewährleisten, dazu seinen Bürgern Leistungen und auch Opfer abzuverlangen, nicht zuletzt zum gemeinsamen Schutz. In diesem Sinne sind die USA auch heute ein zwar riesengrosser, aber klassischer Nationalstaat.

Die europäische Gemeinschaft ist aus prägenden, historisch erstmaligen nationalen Souveränitätsverzichten herangewachsen. Gerade dort, wo es um die Ressorts der Innen- und Justizminister geht, kommen der EU quasi Staatsaufgaben zu. Dennoch bedeutet dies durchaus kein Ende der Nationalstaaten. Bei uns in der EU bleibt die Bindung der Menschen an das eigene Land ziemlich unverändert bestehen. Die politische Debatte wird zu Hause geführt.

Wir sind zu postklassischen Nationalstaaten geworden. Es gibt keine brauchbaren historischen Vorbilder, auch nicht die alten Vielvölkerstaaten mit nationaler Autonomie ihrer Teile im Rahmen eines höheren Ganzen. Keine Instanz hat bisher die Rolle der Nation im werdenden Europa geklärt – wie sollte sie auch?

Es gibt in der bisherigen Geschichte der Gemeinschaft nichts Politischeres als die Erweiterungspolitik. Zugleich ist sie es, die gegenwärtig die kritischsten Debatten auslöst. Wo bleibt die gemeinsame Handlungskraft, wenn wir immer grösser werden? Je mehr wir vereinheitlichen, für Waren und Dienstleistungen am Markt, für die Sicherheit und Rechtsordnung, die Umwelt, die Gleichstellung der Menschen in der Gesellschaft, desto mehr scheinen wir zusammenzuwachsen und von einander abzuhängen. Wir haben gemeinsame Organe in der EU.

Aber was für eine Gewaltenteilung herrscht vor, sowohl innerhalb der EU als auch in ihrem Verhältnis zu den Mitgliedsländern? Vor allem die Kommission in Brüssel passt nicht in unsere herkömmliche demokratische Gewaltenteilung. Sie handelt nach beispiellos weichen Ermächtigungsnormen für das, was sie unter ordnungsgemässem Funktionieren des gemeinsamen Marktes versteht, ohne klare demokratische Vorgaben. Gesetzesvorschläge liegen in ihrer Hand. Entschieden wird beim Europäischen Rat und Parlament. Die Staaten bleiben also die Herren der Entwicklung und werden dennoch zugleich schwächer. Wie sollen die Bürger das verstehen? Ihr Horizont ist nach wie vor primär ihre eigene Nation.

Das gewachsene Gewicht der EU ist unbestreitbar. Über seine Richtung entscheiden indessen die Vitalität und die Kraft der Mitgliedsländer. Bei einigen besonders wichtigen unter ihnen wird gegenwärtig hart um notwendige, oft allzu lang verzögerte Reformen gestritten. Welche Rolle spielt da die EU? Kann sie uns vor unpopulären heimatlichen Reformen schützen, wie manche hoffen? Kann und will sie das? Ist die Kommission nicht ohnehin zu wirtschaftsfreundlich, zu marktverliebt? Doch selbst wenn sie es wäre, sie ist weder stark genug noch befugt, eine Art Sozialstaat zu werden und die Arbeitsmärkte zu steuern. Es ist das jeweils eigene Land, in dem um Klärung gerungen wird, was wir als soziale Gerechtigkeit empfinden. Unsere Gesellschaften sind gewachsene Solidargemeinschaften. Noch kann die EU nicht den Ton für Steuern und Arbeitsrecht vorgeben. Die wechselseitigen Einflüsse von der EU auf die Mitgliedsländer und umgekehrt entwickeln sich langsam und nicht frei von Widersprüchen.

Auch die Bilanz der gemeinsamen Währung in der Eurozone bringt gegenwärtig nicht nur Freude mit sich. Das Wirt-

schaftswachstum ist zu langsam. Die Arbeitslosigkeit geht bisher nicht signifikant zurück. Überwiegen die volkswirtschaftlichen Kosten des Euro seinen Nutzen, so wird gefragt.

Ausmass und Grenzen der gemeinsamen Handlungskraft bedürfen also der Klärung – kein Wunder, dass dabei die Erweiterungspolitik der EU vielfach als überdehnt und überhastet empfunden wird.

Allseits hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass die erweiterte EU auf der Basis der letzten Verträge, insbesondere von Nizza im Dezember 2002 nur unzureichend handlungsfähig ist. Ein neues Regelwerk wurde deshalb in Angriff genommen. Dies führte zum Verfassungsentwurf. Bei zwei der europäischen Gründungsländer ist er demokratisch gescheitert. Die Gründe für die Ablehnung mögen überwiegend auf nationale, krisenhafte Ursachen innerhalb der beiden Länder verweisen. Dennoch sind wir alle für solche Ursachen mitverantwortlich und von den Folgen mitbetroffen.

Der Inhalt des Verfassungsentwurfes, so mühsam er zu lesen ist, umfasst wichtige, seit langem gerade auch in den Neinsagerländern geforderte europäische Fortschritte. Der Name Verfassung ist kühn und nicht sakrosankt. Dennoch ist es notwendig, die politische Substanz des Entwurfes zu sichern und vor allem weiterzuentwickeln. So wird es spätestens zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge im März 2007 Aufgabe der dann im Amt befindlichen deutschen Präsidentschaft sein, eine richtungsweisende Erklärung, eine neue kräftige und verbindliche Marschroute für die EU zu präsentieren, die keinen geringeren Rang als den der prägenden Maastricht-Abmachungen haben darf und wird.

V.

Der Verfassungsentwurf hatte das Ziel, die Handlungsfähigkeit der erweiterten EU zu stärken. Ihre Spannungen und Schwächen müssen überwunden werden. Zugleich müssen wir als Mitglieder eines Verbundes von post-klassischen Nationalstaaten darauf hinwirken, dass unsere Union auf eine Weise lebt und wächst, die jeweils bei uns im eigenen Land verstanden und unterstützt wird.

Nun sind aber die Ursachen für unsere Brüsseler Konflikte durchaus nicht nur bei uns in Europa selbst zuhause. Vielmehr lebt die EU unter kontinuierlich wachsendem globalem Einfluss. Immer dringlicher wird daher die Notwendigkeit, in Europa den Weg zur gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik zu finden. Das ist die entscheidende Aufgabe der kommenden Zeit.

Dieser Anforderung ist der Entwurf zu einer Verfassung noch nicht gewachsen. Zur Zeit ist es der Europäische Rat, der die aussenpolitischen Entscheidungen fällt. Dabei gilt noch immer fast durchgängig das Vetorecht für jedes Land. Weder Grossbritannien noch z.B. Polen oder auch wir Deutschen und andere Mitglieder werden sich heute schon vorab einer Mehrheitsentscheidung unterwerfen. Hier war man mit der konstitutionellen Arbeit einfach noch überfordert. Der Entwurf ging nicht weit genug, er kam zu früh. Das sind zwei Seiten derselben Münze.

Es dauert seine Zeit. Wir sind auf bisher unerforschtem Gelände unterwegs. Dabei geht es, wenn auch nur Schritt für Schritt, vorwärts. Zwei Entwicklungen sind es, die uns voranbringen können und werden. Das eine sind schlechte Erfahrungen mit uns selbst, also Strafen für Uneinigkeit. Das andere

sind die ständig wachsenden Herausforderungen, die uns gemeinsam betreffen und uns lehren, dass wir sie nur zusammen bestehen können.

Ein zündendes Beispiel für schlechte Erfahrungen mit uns selbst war das europäische Verhalten vor dem Irakkrieg. Kein Mitgliedsland lud zur gemeinsamen Beratung über die drohende amerikanische Invasionsentscheidung nach Brüssel ein. Stattdessen profilierten sich zwei entgegengesetzte Standpunkte, jeweils unter Führung von London und Paris. Frankreich sah seine Stunde im Sicherheitsrat gekommen. Von Deutschland unterstützt sorgte es für massiven Widerstand gegen Amerika in der UNO. Die Briten liessen bei einigen Mitgliedern eine scharfe Erklärung zugunsten des amerikanischen Präsidenten zirkulieren, mit heftiger Unterstützung der damaligen Regierungschefs in Spanien und Italien, Aznar und Berlusconi, beide ohne erkennbaren Rückhalt im eigenen Land. Andersdenkende EU-Partner wurden von der Aktion erst durch die Medien informiert.

Dieser Konflikt galt vielen als der Beweis für die strukturelle Unfähigkeit der EU zu einer gemeinsamen Aussenpolitik. So war es damals in der Tat. Die böse Erfahrung hat aber in Wahrheit neue Einsichten gefördert, die uns einander näher bringen, gerade auch im Verhältnis zu den USA.

Seit der Gründung des atlantischen Bündnisses herrschte zwar nie immer nur eitel Sonnenschein über das Wasser hinweg. Es gab oft Kritik und Streit. Doch das ist Ausdruck einer Partnerschaft, der wir weder entgehen können noch wollen. So ist es auch nach dem Ende des Kalten Krieges geblieben, mit dem sich die singuläre Weltmachtposition der USA etablierte.

Nirgends gibt es in Europa eine ernsthafte Tendenz, sich prinzipiell gegen die USA zu positionieren. Wir haben in der EU deutlich genug gelernt, dass ein Versuch, uns hier als Gegengewicht oder gar als Gegensatz zu Amerika zu präsentieren, uns in Europa nicht einigen, sondern nur spalten könnte. Zugleich haben wir ganz positiv erfahren, dass das Interesse Amerikas an uns Europäern vom Grad unserer Handlungsfähigkeit, zumal also der Einigkeit untereinander abhängt. Dies ist überdies zugleich eine nützliche, wenn auch bisher nicht immer von ihnen beherzigte Erfahrung der Briten, dass sie für Washington umso interessanter sind, je mehr sie zur europäischen Einigkeit beitragen. Ein Grossbritannien, das einen integrierten, prägend mitführenden Einfluss auf die EU sucht und findet, ist jenseits des Atlantiks deutlich wertvoller als ein vom Kontinent isoliertes, special relations allein geniessendes Vereinigtes Königreich.

Nun erleben wir in letzter Zeit immer wieder amerikanische Anläufe zu neuartigen Partnerschaften. Da und dort wird an einer „alliance of the willing“ gebastelt. Ein seltsamer Begriff. Verdient eine Allianz denn ihren Namen, wenn sie aus Unwilligen besteht? Oder ist man einfach nur zu neuen Zielen unterwegs, für die ein paar alte treue mit neuen willigen Partnern zu verkuppeln wären?

Washington hat seit einem halben Jahrzehnt seine Weltpolitik verändert. Entscheidend verschärft durch die schwere Erschütterung seines gewohnten Gefühls der Unverwundbarkeit am 11. September 2001 hat es sich den Kampf gegen den Terrorismus zur vorrangigen Aufgabe gemacht. Es hat seine militärische Weltüberlegenheit durch eine nie dagewesene, durch Staatsschulden finanzierte Aufrüstung befestigt. Das zentrale Thema des Präsidenten wurde Sicherheit. Im transatlantischen Ver-

hältnis kam die Unterscheidung zwischen Amerika als harter Mars und der EU als weiche Venus auf.

Ganz so ist es nun doch nicht geblieben. Die herkömmliche Weltordnung steht im Zeichen nachhaltiger Veränderungen. Die globale Politik ist heute multipolar und multikulturell. Das Gewicht Asiens wächst wirtschaftlich und politisch. Das System der Nichtverbreitung atomarer Bewaffnung droht zu zerbröckeln. Der 11. September ist eben vor allem auch ein Unheil für das Ansehen der grossen würdigen Weltreligion Islam.

Transatlantisch gelten wir in der Welt nach wie vor zusammen als der Westen. Nicht ohne Grund. Allen Konflikten und Vertrauenskrisen zum Trotz bleiben wir von unserem gemeinsamen kulturellen Erbe und unseren Verfassungswerten, unserer ökonomischen Struktur und unseren politischen Grundinteressen geprägt. Daher bleibt jede der beiden Seiten unseres Ozeans von Fehlern oder Schwächen der jeweils anderen Seite betroffen. Deshalb ist heute auch der Ruf aus Amerika nach Europa wieder laut vernehmbar. Es ist an uns, ihn zu beantworten.

Gemeinsame europäische Aussenpolitik kann, um es noch einmal zu unterstreichen, nicht einfach durch einen Verfassungsartikel erzwungen werden. Schritt für Schritt nähern wir uns ihr aber durch die ständig wachsende Einsicht in die Gemeinsamkeit unserer Interessen und durch die Erfahrung, dass wir den globalen Herausforderungen nur zusammen begegnen können. Wir alle kennen die Beispiele.

Globalisierung ermöglicht offene Grenzen und Arbeitsteilung, aber unter ungleichen Teilnehmern. Am globalen Kapitalmarkt wird Tag und Nacht gehandelt, aber noch ohne Regeln. Die

Welthandelsorganisation dagegen arbeitet mit ihren geregelten Strukturen. Dort wurde alsbald nach dem 11. September 2001 unter dem Namen Doha eine neue Welthandelsrunde ausdrücklich als Entwicklungsrunde eingeleitet. Der Handel soll der besseren Entwicklung dienen. Gegenwärtig wird ihr Abschluss jedoch erneut mit der Gefahr des Scheiterns verschoben. Ungelöst ist der Streit um die Agrarlobby von reichen Ländern und um Industriezölle. In weiten Regionen der Welt, darunter Lateinamerika und anderen, nicht zuletzt islamischen Ländern, herrschen Verlierergefühle vor. Eine Doha-Runde ohne Ergebnis bringt Kosten und Risiken für die gesamte Weltwirtschaft mit sich. Statt dessen breiten sich dann bilaterale oder regionale Freihandelsabkommen aus, ebenso wie ein wachsender Wirtschaftsnationalismus.

In der EU ist der Aussenhandel voll integriert. Bei der WTO sprechen wir wirklich mit einer Stimme. Das ist eine unserer Stärken. Aber sie genügt nicht, da die wirtschaftliche und die politische Globalisierung immer mehr ineinander verwachsen.

China und Indien sind zu grossen Konkurrenten und Partnern herangewachsen. Am weltpolitischen Management beteiligen sie sich bisher nur partiell.

Für die Aussenpolitik der EU stellen sich Aufgaben von zentralem Gewicht gegenüber Russland. Für eine Kooperation bedarf es einer Basis von Werten mit allgemeinen Menschenrechten. Auch die bösen früheren Erfahrungen unserer neuen östlichen EU Mitglieder mit dem grossen Nachbarn gilt es, ernstzunehmen. Anderseits ist eine allgemeinwestliche Selbstgerechtigkeit gegenüber Russland fehl am Platz.

Das Riesenreich sucht seine grosse unabhängige Rolle in der Weltpolitik mit seinem Rohstoffreichtum und darüber hinaus ohne beständige Partner. Unseren europäischen Interessen für Frieden, Freihandel, Energie, den Balkan und den Nahen Osten entspricht die Annäherung zu einer dauerhaften Zusammenarbeit mit Moskau. Russland ist nicht unser Feind.

Krieg und Chaos im Nahen und Mittleren Osten betreffen Europas Interessen und Sicherheit ganz unmittelbar. Für die Nachbarschaftspolitik der EU ist dies die wichtigste und zugleich gefährlichste Region. Hier lernt die EU ganz konkret zusammen zu handeln, auch soweit sie noch keine ausreichenden aussenpolitischen Entscheidungsstrukturen vertraglich vereinbart hat, siehe das positive jüngste Beispiel nach dem Krieg im Südlibanon.

Im Januar 2002 hatte Präsident Bush die drei Länder Irak, Iran und Nordkorea als Achse des Bösen gestempelt. Was wurde daraus?

Der Irakkrieg, unter Verletzung der UNO Regeln eröffnet, beseitigte den brutalen Diktator. Doch förderte der Krieg keine der prognostizierten Massenvernichtungswaffen zutage. Er sollte dem Kampf gegen den Terrorismus dienen, hat diesen aber in Wahrheit nachhaltig gestärkt. Historisch hatte es den Irak als Nation von innen her nicht gegeben – das haben die Briten am Ende des 1. Weltkriegs erfahren – sondern nur unter autokratischer Herrschaft. So war es unter dem Regime Saddam Hussein. Heute ist es die Besatzungsmacht mit ihren Anstrengungen, das Land nicht im Zustand des Bürgerkrieges hinterlassen zu müssen.

Nachdem Nordkorea den Besitz von Atomwaffen reklamiert, ist nun im Iran die Verfügung über funktionsfähige Kernwaffen in absehbarer Zeit nicht auszuschliessen. In der Zeit des Kalten Krieges herrschten Grundsätze der atomaren Verhaltensregeln. Heute herrscht im System der Nichtverbreitung atomarer Waffen ein Dschungel. Gerade diese Sorge hat Churchill wahrhaft seherisch 1946 in Zürich artikuliert. Auch der neue Atomvertrag zwischen Washington und Indien trägt dazu bei.

Für unsere europäische Aussenpolitik steht der Iran im Vordergrund. Hier haben die drei aussenpolitisch führenden EU Mitglieder in London, Paris und Berlin zusammen mit dem EU Beauftragten für Aussenpolitik Solana sich nachhaltig eingeschaltet. Es ist ein Beispiel für eine loyale transatlantische Arbeitsteilung unter selbständigen Partnern. Die Entwicklung ist mit offenem Ergebnis in vollem Gang.

Der Iran ist ein grosses schiitisches Land mit einer alten Kultur. Er gehört weder zur arabischen Welt noch zum asiatischen Subkontinent, auch nicht zu seinen nördlichen Nachbarn aus dem ehemals grossrussischen Reich. Zugleich ist er rings von Kernwaffenmächten umgeben, in Israel, Russland, Pakistan und den Besatzungsmächten im Irak. Er hat also eigene Sorgen im Bereich der Sicherheit. Zugleich sucht er technologische Kapazitäten und nicht zuletzt die Lebensperspektive für seine überaus grosse junge Bevölkerung.

Die provokatorischen Äußerungen seines Präsidenten Ahmadinejad unterstreichen den Anspruch auf wachsenden iranischen Machteinfluss in der ganzen Region. Damit verbundene Bedrohungen beziehen auch uns Europäer unmittelbar ein. Der jüngste Krieg im Südlibanon, von Panzern, Hubschraubern und

Bomben gegen Guerilla-Terror geführt, hat keine Entscheidung gebracht, wie sollte er auch.

Nun also beteiligt sich die EU am UNO Mandat der militärischen Libanon-Mission. Das ist ein notwendiger neuer Schritt von historischem Gewicht. Die EU, und mit ihr wir Deutschen, sind im Nahen Osten präsent. Das ist nicht ohne Risiko. Denn dort herrscht Waffenruhe, aber noch kein Frieden. Deshalb ist es unser Ziel, das europäische Gewicht in politische Fortschritte umzusetzen.

Im Zentrum unserer Politik ist und bleibt die Sicherung der Existenz Israels. Ihre langfristige Stabilität hängt aber nicht allein von Militärmacht ab, sondern vor allem von politischen Schritten. Das Entscheidende ist die Aufgabe, Klärung zwischen Israel und denjenigen drei Nachbarn herbeizuführen, mit denen es bisher keine Vereinbarungen gibt. Schon der frühere Ministerpräsident Rabin hat dies mit Nachdruck gefordert und angestrebt. Vordringlich ist eine haltbare Zukunft eines palästinensischen Staates, mit massgeblicher europäischer Unterstützung. Sodann ist eine Verhandlungslösung zwischen Syrien und Israel nötig und möglich. Syrien ist kein Gottesstaat. Es hat ein Interesse weder an der Macht-erweiterung des Iran noch am Aufbau eines islamistischen Fundamentalismus. Die damit verbundene dritte Aufgabe ist die Stärkung der libanesischen Unabhängigkeit. Die europäische Aussenpolitik hat die Aufgabe, das transatlantische Verhältnis in dieser Richtung zu klären.

Im engen Zusammenhang dazu stehen die Abwehr von Terrorismus und der Umgang mit kulturellen Konflikten. Noch sind die transatlantischen Blickrichtungen hier nicht immer kongruent. Aus der Zugehörigkeit von Terroristen zum Islam sind zum Teil

gefährliche Deutungen entstanden, wenn etwa ohne Unterschied von Islam und Islamisten gesprochen wurde. In den USA kam die irreführende Rede von einem Islam-Faschismus auf.

Für uns Europäer ist ein stabiles Verhältnis mit dem Islam von vitaler Bedeutung. Unter uns selbst sind über 15 Millionen Muslime ansässig. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft leben 1,5 Milliarden Muslime. Der „Clash of Civilizations“, also ein veritabler Zusammenprall, wurde von amerikanischen Denkern vor Jahren warnend vorhergesagt. Nach unserer Erfahrung findet er sich nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Religionen.

Gewalt ist, zumal, wenn sie religiös motiviert ist, ein schweres Unheil. Die Geschichte hat uns dies grausam gelehrt, auf islamischer wie auf christlicher Seite. Für uns geht es mit allem Nachdruck um den Dialog der Kulturen. Nichts dürfen wir uns in Europa weniger erlauben als eine Entfremdung mit unseren eigenen Mitbürgern und unseren Nachbarn aus dem Bereich der islamischen Religion.

Auch die Eröffnung von langfristigen Gesprächen mit der Türkei über ihr Verhältnis zur EU ist dafür eine Probe aufs Exempel. Ob daraus eine Mitgliedschaft oder eine andere enge Art der Zusammenarbeit entsteht, an der wir ein lebhaftes Interesse haben, das wird sich zeigen. In jedem Fall aber sind diese Verhandlungen nicht nur für unser ganzes Verhältnis zu islamischen Ländern, sondern auch im Konflikt mit dem Terror eine bessere Antwort als der Irakkrieg.

Mit unserer ganzen Kraft setzen wir uns dafür ein, Terrorismus zu bekämpfen. Im Westen geschieht es mit wechselseitiger Hilfe, aber nicht nur dort. Indessen – was ist ein Krieg

gegen Terrorismus? Mit Krieg definiert und akzeptiert man die Gegenseite als Feind und beachtet die Kriegsregeln, die es ja vollgültig gibt. Aber wer ist hier der besiegbare Gegner? Wo ist er, der doch allenfalls als ein Netzwerk über Staats- und Gesellschaftsgrenzen hinaus erkennbar ist. Weil es darauf keine Antwort gibt, wird der Kriegsfeind Terrorist nun um der eigenen Sicherheit willen zum illegalen, aller Rechte beraubten Unmenschen. In unserem rechtsstaatlichen Verhältnis stehen Freiheit und Sicherheit immer wieder in einem Spannungsverhältnis zueinander. Die Freiheit der Bürger bedarf ihrer Sicherheit. Aber wo Sicherheit als das oberste, absolute Gebot der Freiheit verstanden wird, entsteht die gefahrvolle Praxis, die Freiheit der Bürger durch die Sicherheitspolitik des Staates einzuschränken. Das darf bei uns in Europa nicht sein.

VI.

Auf unserem Weg zu einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitpolitik in der EU nimmt die Einsicht in die Übereinstimmung unserer Überzeugungen und Interessen also ständig zu. Auch schon bevor wir uns darauf verfassungsrechtlich verpflichtet haben, wächst die politische Union konkret heran. In der Kritik an Guantanamo und Abu Ghraib stehen wir eng zusammen. Wir sind uns einig, dass die Menschenrechte besser geschützt, das Völkerrecht gestärkt und die Vereinten Nationen reformiert werden müssen.

Im Zeitalter der Globalisierung wird es immer deutlicher, dass Gewalt bis hin zum Terrorismus nur dann besser beherrschbar werden kann, wenn man ihren Ursachen zu Leibe rückt. An diese Ursachen hat die Welt zum Zeitpunkt der Gründung der UNO kaum gedacht, ja kaum zu denken vermocht.

Damals, 1945, ging es um die Verhinderung eines dritten Weltkrieges, und darauf beruhte die Zusammensetzung und Stimmkraft im starken Sicherheitsrat. Heute sind es die soziale und die wirtschaftliche Entwicklung der Welt, das Bevölkerungswachstum, die Armut und Migration, die vordringliche gemeinsame Pflicht zum Schutz der Natur und Umwelt, für die es eines weit stärkeren Einflusses der UNO bedarf. Die Mehrzahl der globalen Aufgaben lässt sich eben gerade nicht allein mit militärischen Mitteln lösen, die im Vordergrund der Debatten des Sicherheitsrates stehen, in dem noch immer nicht einmal alle Kontinente vertreten sind.

Wir Europäer können uns die Welt nicht aussuchen, in der wir aussenpolitisch mitwirken wollen und müssen. Es ist diese Welt, in der wir unsere Interessen vertreten und die uns zugleich unsere Aufgaben und oft auch zugleich die Partner vorschreibt.

So lernen wir die einzige probate Antwort auf die für uns unentrinnbare Globalisierung, nämlich, mit einer Stimme zu sprechen. Trotz aller Europa-Skepsis unter unseren Bürgern, populistisch von Wahlkämpfern charmiert, wächst dennoch in der Bevölkerung eine Zustimmung zu „mehr Europa“ für Aussen- und Sicherheitspolitik. Ein gemeinsamer Aussenminister ist ein dringlicher Schritt. Das ist ein Beispiel. Zumal auch mein Land ist sich seiner Verantwortung bei der nächsten Präsidentschaft voll bewusst.

Manchmal ist das Alter ein Vorteil. Denn wer den historischen Ruf von Churchill aus Zürich vor sechzig Jahren hellwach vernommen und seither den Weg Europas miterlebt hat, der vertraut auch für die Zukunft darauf: Es dauert, aber es kommt.